

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Landshut, 10.08.2023

Atommüllendlager-Suche: Unverantwortliche Verzögerungen verhindern

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

15 Jahre mag in der Weltgeschichte eine kurze Zeitspanne sein – für unsere Region Landshut kann sie aber zu einem großen Unglück führen. Wie Ihnen sicherlich berichtet wurde, ist der Zeithorizont zur Bestimmung des Standortes eines Endlagers für die über Jahrzehnte angefallenen Atom-Reststoffe erneut verschoben worden – um ganze 15 Jahre auf mittlerweile 2046. Wenn nicht sogar erst 2070, was eine Verzögerung von stolzen 39 Jahren zur Folge hätte. Sollte nach der endgültigen Festlegung des Standorts der Zeitplan des Ausbaus dann tatsächlich (wider Erwarten) eingehalten werden, würden erst ab 2066 (oder 2090) die strahlenbelasteten Materialien sicher für die Ewigkeit eingelagert werden. Der Transport der 1 900 Castoren würde ohnehin sogar ganze 40 Jahre, bis 2106 (oder 2130) andauern. Die Zeiträume über die wir sprechen, sind für uns unvorstellbar und reichen bis in das 22. Jahrhundert hinein. Bis dahin verbleiben die ausgedienten Brennelemente in zwar für viele Eventualitäten gerüstete, aber dennoch vorläufig errichteten Halleneinheiten, wie BELLA auf unserem ehemaligen Gelände des Kernkraftwerkes Isar – sofern die bis 2047 befristete Genehmigung verlängert wird, was angesichts des schleppenden Verfahrens der Endlager-Suche mehr als wahrscheinlich ist.

Innerhalb unserer Bevölkerung sind grundsätzlich zwei Lager zu erkennen: Diejenigen, die große Angst vor möglichen Konsequenzen durch das Zwischenlager fürchten, seien es Unfälle, Lecks an den Casoren oder gezielte terroristische Angriffe. Das andere Lager schüttelt nur den Kopf angesichts dieser ständigen Verzögerung und des „Aussitzens“ dieses wichtigen Themas durch die Politik und erwartet ohnehin nicht, dass man selbst oder sogar Kinder bzw. Enkel noch einen konkreten Ansatz in dieser Angelegenheit miterleben werden.

Eine provisorische Lagerung hochgefährlicher Stoffe über Jahrzehnte in unserer Region: Dies können wir für unsere Region Landshut nicht akzeptieren. Denn auch wenn vor Ort durch die Kernkraftbetreiber und die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung hervorragende Arbeit geleistet wird: Es braucht eine bundeseinheitliche und zentrale Lösung für diese generationenüberdauernde Frage. Genau dies ist am Rahmen des Infomarktes und Diskussionsabend zur Endlagersuche deutlich geworden. Deshalb plädiere ich für die Einrichtung eines zentralen Zwischenlagers in Gorleben, das mit Milliarden-Investitionen mit einer Pilotkonditionieranlage, der so genannten „heißen Zelle“ ausgestattet wurde, in der alle Castoren der derzeit 16 betriebenen Zwischenlager aus ganz Deutschland zentral gelagert werden.

Mehrere Faktoren sprechen für diesen Ansatz, nachfolgend auszugsweise ausgeführt:

- **Gorleben besitzt eine „heiße Zelle“:** Die Castoren melden zwar automatisch, sollten sie Schäden aufweisen. Es ist dennoch nicht ausgeschlossen, dass sich die Lagermaterialien durch die in ihnen arbeitenden Stoffen (und hierzu gehören die radioaktiven Brennelemente in jedem Fall) verändern und beschädigt werden können. Mithilfe einer heißen Zelle könnten die Castoren sicher repariert werden.
- **Sicherheit:** Zwischenlager stellen durchaus Ziele für terroristische Angriffe dar. Auch wenn die Vorrichtungen offenbar Flugzeugabstürzen technisch gewachsen scheinen, ein Bombeneinschlag hätte nicht nur aufgrund der Detonation und Sprengkraft extreme Auswirkungen auf unsere Region, Bayern, sogar ganz Mitteleuropa. Daher erscheint es mehr als sinnvoll, die ohnehin knappen Verteidigungsressourcen auf einen Standort zu fokussieren, anstatt auf 16 Zwischenlager in Deutschland.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, auch ich unterstütze es, dass ein passendes Endlager für diese Atom-Reststoffe in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren gefunden werden soll. Dennoch ist es für mich nach wie vor absolut unverständlich, weshalb Gorleben aus rein politischen Gründen quasi von der Landkarte gestrichen worden ist, obgleich hier bereits umfangreiche Einrichtungen installiert und auch passende geotopische Lageroptionen bestehen. Wenn nach wissenschaftlichen Kriterien schon der „bestmögliche Standort“ gefunden werden soll, der die Lagerung der radioaktiven Stoffe eine Million Jahre gewährleisten soll (was, gelinde gesagt, eine absolut utopische Vorstellung ist), dann sollten auch alle Regionen Deutschlands objektiv miteinbezogen werden.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ich hoffe, dass Sie diese Bedenken nicht nur als regionale Befindlichkeit ansehen, sondern dessen bundespolitische Bedeutung anerkennen und nachverfolgen. Ich fordere Sie deshalb auf, in Ihrer Verantwortung als Bundeskanzler umgehend

eine klare Entscheidung für diese Frage nationaler Tragweite zu treffen und von der grundgesetzlich verankerten Richtlinienkompetenz unbedingt Gebrauch zu machen.

Ein Abdruck dieses Schreibens geht an die Bundesumweltministerin Steffi Lemke, den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, sowie den Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, dessen Stellvertreter und Bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und den Bayerischen Umweltminister Thorsten Glauber.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Dreier', with a large, stylized initial 'P'.

Peter Dreier
Landrat des Landkreises Landshut